

**Förderung
von Schülerinnen und Schülern
bei besonderen Schwierigkeiten im Erlernen
des Lesens und Rechtschreibens**

Bezirksregierung Köln
HD 42

Köln, den 20.08.2004

An die
Leiterinnen und Leiter
der öffentlichen Schulen
des Regierungsbezirks

Bezug: RdErl. des Kultusministeriums v. 19.7.1991 (BASS 14-01
Nr. 1)

Aus gegebener Veranlassung weise ich darauf hin, dass nach den eindeutigen Regelungen des Bezugserlasses es zu den Pflichtaufgaben der Schule gehört, Schülerinnen und Schüler bei besonderen Schwierigkeiten im Erlernen des Lesens und Rechtschreibens zu fördern. Dazu gehören die Einrichtung allgemeiner Förderkurse, aber auch zusätzliche Fördermaßnahmen. Beide Förderarten sind pflichtiger Bestandteil des schulischen Unterrichts, wenn an einer Schule Schülerinnen und Schüler mit besonderen Schwierigkeiten beim Erlernen des Lesens und Rechtschreibens sind.

Mit dem Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland – Jugendamt – habe ich vereinbart, dass nach den Regelungen des § 35 a Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) außerschulische Fördermaßnahmen Ausnahmefälle darstellen, die erst dann einge-

leitet werden können, wenn die pflichtigen schulischen Fördermaßnahmen keinen Erfolg gebracht haben.

Werden von Erziehungsberechtigten bei den zuständigen Jugendämtern Anträge auf außerschulische Förderung gestellt, so ist im Rahmen der Prüfung dieser Anträge von der Schule der zuständigen Schulaufsicht zu berichten, damit dort geprüft werden kann, ob eine ausreichende schulische Förderung stattgefunden hat.

Ergänzend weise ich darauf hin, dass die Lese-Rechtschreibschwäche (LRS) aus meiner schulfachlichen Sicht eine isolierbare Leistungsschwäche ist, die sich vorrangig auf den schriftsprachlichen Bereich auswirkt. Kinder und Jugendliche mit LRS erbringen im mündlichen Bereich normale sprachliche Leistungen. Im Gegensatz zur LRS ist die sogenannte Dyskalkulie aus schulfachlicher Sicht ein Leistungsdefizit, das sich auf alle Felder des mathematischen Denkens auswirkt. Der Erlass über die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Erlernen des Lesens und Rechtschreibens kann infolge dessen auch nicht sinngemäß angewandt werden. Bei Schülerinnen und Schülern mit Dyskalkulie hat die Schule ihre allgemeine Förderverpflichtung, wie sie gegenüber allen Schülerinnen und Schülern gilt, zu erfüllen.

Ich bitte um Beachtung. Den privaten Ersatzschulen empfehle ich, vergleichbar zu verfahren.

Im Auftrag

gez. Bergkemper-Marks